

Frau Inga Ries - Verwaltung Tornesch

Protokollführerin

Entschuldigte Mitglieder

Gremienmitglieder

Herr Ingo Früchtenicht - SPD Tornesch

2. stellvertr. BV

entschuldigt

Herr Howe Heitmann - CDU Tornesch

Ratsherr

entschuldigt

Herr Friedrich Meyer-Hildebrand - CDU
Tornesch

Ratsherr

entschuldigt

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Ratsversammlung	
3	Feststellung der fristgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung sowie Beschluss über die Tagesordnung	
4	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
5	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.10.2015	
6	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
7	Bericht des Bürgermeisters	VO/15/236
8	Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 GO	VO/15/230
9	Nach- und Umbesetzung von Ausschüssen	VO/15/238
10	Erwerb von Geschäftsanteilen an der WEP Kommunalholding GmbH	VO/15/182
11	Zustimmung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes "Schulverband Tornesch-Uetersen" Hier: Änderung des Satzungsentwurfes	VO/15/212-1
12	Erlass einer 13. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Tornesch (Beitrags- und Gebührensatzung)	VO/15/224-1
13	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushalt 2016 des ABT (Abwasserbetrieb der Stadt Tornesch)	VO/15/223-1
14	Feststellung des doppischen Haushaltsplans der Grundstücksgesellschaft Tornesch GGT für das Haushaltsjahr 2016 (Wirtschaftsplan)	VO/15/225-1
15	Feststellung des doppischen Haushaltsplans der Grundstücksgesellschaft Sportpark GGS für das Wirtschaftsjahr 2016 (Wirtschaftsplan)	VO/15/237
16	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan 2016 der Stadt Tornesch (Ergebnis-, Finanz- und Investitionsplan)	VO/15/215-1
17	41. F-Planänderung "Businesspark Tornesch - Erweiterung nördlich Asperhorner Weg"	VO/15/156

	- Abwägung zur öffentlichen Auslegung, Feststellungsbeschluss	
18	B-Plan 82 "Östlich Merlinweg" Abwägung zur öffentlichen Auslegung, Satzungsbeschluss	VO/15/218
Nicht öffentlicher Teil		
19	Rückwirkende Änderung des Pachtvertrages zwischen dem FC Union Tornesch und dem Eigenbetrieb der Stadt Tornesch, der GGS (Grundstücksgesellschaft Sportpark Tornesch)	VO/15/226
20	Abschluss eines unbefristeten Finanzierungsvertrages zur Deckung der Betriebskosten für die Kindertagesstätte Weltenbummler mit WABE e.V.	VO/15/210-1

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Beratungsverlauf:

Zu Beginn der Sitzung bittet BV Daniel alle Anwesenden sich im Gedenken an den kürzlich verstorbenen Ratsherrn Reinhard Nürnberg von den Plätzen zu erheben und eine Schweigeminute zu halten.

Danach gratuliert BV Daniel der Ratsfrau Heide-Marie Plambeck herzlich zur Verleihung der Freiherr-von-Stein-Gedenkmedaille durch den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für ihr langjähriges kommunalpolitisches Wirken.

TOP 2 Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Ratsversammlung

Beratungsverlauf:

BV Daniel verpflichtet den nachgerückten Ratsherrn Henry Braun per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

TOP 3 Feststellung der fristgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung sowie Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird mit den Änderungsvorschlägen der Verwaltung beschlossen. Außerdem beschließt die Ratsversammlung, die Tagesordnungspunkte 19 und 20 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:		
19 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

BV Daniel stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. Auf seine Nachfrage, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, beantragt Bgm. Krügel, die Tagesordnungspunkte 8 „Anfragen von Ratsmitgliedern“, 12 „Änderung der Satzung über die Benutzung und Erhebung von Benutzungsgebühren für die

Offene Ganztagschule an der Johannes-Schwennesen-Schule“ und 21 „Berichte der Verwaltung“ von der Tagesordnung abzusetzen.

TOP 4 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Seitens der anwesenden Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.10.2015

Beschluss:

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 13.10.2015 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:		
19 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

TOP 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Beratungsverlauf:

AR Ries berichtet, dass die Ratsversammlung in ihrer letzten Sitzung einen Beschluss über die Anmietung einer Immobilie zur Flüchtlingsunterbringung und eine Änderung der Vereinbarung zwischen der Stadt Tornesch und der Ernst-Martin-Groth-Stiftung beschlossen hat.

TOP 7 Bericht des Bürgermeisters

Beratungsverlauf:

Der Bericht des Bürgermeisters liegt schriftlich vor. Bgm. Krügel nutzt die Gelegenheit, sich bei allen ehrenamtlichen Betreuern und bei seinen Mitarbeitern, die sich um die Flüchtlinge in der Stadt Tornesch kümmern, herzlich für ihren Einsatz und ihre Arbeit zu bedanken.

Auch RF Fischer-Neumann ist es ein Bedürfnis, allen ein Kompliment auszusprechen, die in Flüchtlingsfragen in Tornesch tätig sind. Ihrer Auffassung nach machen alle einen Spitzenjob.

TOP 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 GO

Beratungsverlauf:

Die Ratsmitglieder nehmen von dem vorgelegten Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen Kenntnis und danken allen Spendern.

TOP 9 Nach- und Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die Ratsversammlung wählt aufgrund des Todes von Herrn Nürnberg auf Antrag der CDU-Fraktion folgende Um- und Nachbesetzungen (mit der Wahl von zwei neuen stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitgliedern):

Hauptausschuss (Vertretung)

Nachbesetzung durch RH Henry Braun

Ausschuss für Finanzen (Vertretung)

bgl. M. Daniel Kölbl für bgl. M. Jens Zwicker

Bau- und Planungsausschuss (Vertretung)

Nachbesetzung durch bgl. M. Sebastian Jessen

Ausschuss JSSKB (Vertretung)

Nachbesetzung durch RH Henry Braun

Umweltausschuss

Nachbesetzung durch RH Henry Braun

bgl. M. Jens-Peter Meyer für RH Christopher Radon (Vertretung)

Schulleiterwahlausschuss

Nachbesetzung durch RH Henry Braun

Mitgliederversammlung des Fünf-Städte-Vereins Pinneberg e.V.

Nachbesetzung durch RH Friedrich Meyer-Hildebrand (Vertretung)

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion bittet die Ratsversammlung um Zustimmung zu seinem Antrag.

TOP 10 Erwerb von Geschäftsanteilen an der WEP Kommunalholding GmbH

Beschluss:

Der Ratsversammlung beschließt:

1. den Erwerb eines Geschäftsanteils an der WEP Kommunalholding GmbH zum Nennwert in Höhe von EUR 2.000,- zuzüglich eines Aufgeldes in Höhe von 1.000,- EUR,
2. eine Einlage in die WEP Kommunalholding GmbH in Höhe von 2.000,- EUR als sonstige Zuzahlung in das Eigenkapital (§272 Abs. 2Nr. 4 HGB) zur Finanzierung des Anteilserwerbs an der WEP Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg mbH zu leisten,
3. den Erwerb der von der WEP Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg mbH gehaltenen eigenen Geschäftsanteile durch die WEP Kommunalholding GmbH mit einem Nominalwert von 47.000,- DEM (=24.030,72 EUR, entspricht 23,5 % des ausgegebenen Stammkapitals).

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderliche Beschlüsse zu 2. und 3. in der Gesellschafterversammlung der WEP Kommunalholding GmbH zu fassen und die erforderlichen Erklärungen zu 1. abzugeben.

Weiterhin wird der Bürgermeister beauftragt:

- dem Landrat bzw. dem Kreistag die erheblichen Bedenken gegen die Gründung einer WEP Kommunalholding GmbH mitzuteilen

den Kreistag aufzufordern, die politischen und die wirtschaftlichen Folgen aus dieser Neugründung noch einmal zu diskutieren und neu zu bewerten.

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Die Vorsitzende des Hauptausschusses, RF Fischer-Neumann, erklärt das Konstrukt der neuen WEP Kommunalholding. Der Hauptausschuss hat über die Beteiligung intensiv beraten und den Beschlussvorschlag insofern erweitert, dass der Bürgermeister beauftragt wird, dem Kreistag bzw. dem Landrat die Bedenken an der neuen Form der Wirtschaftsförderung im Kreis Pinneberg mitzuteilen. Die Stadt Tornesch war mit der Zusammenarbeit mit der WEP in der Vergangenheit sehr zufrieden. Schlussendlich hat der Hauptausschuss der Ratsversammlung aber den Beitritt zur WEP Holding empfohlen, da auch hieraus Vorteile für die Stadt Tornesch erwachsen können. Sie bittet um Zustimmung.

TOP 11	Zustimmung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes "Schulverband Tornesch-Uetersen" Hier: Änderung des Satzungsentwurfes
---------------	---

Beschluss:

Die Ratsversammlung der Stadt Tornesch stimmt dem in der Vorlage Nr. VO/14/796-1 des Schulverbandes beigefügten Satzungsentwurf zu.

Die in die Schulverbandsversammlung entsandten Vertreter und Vertreterinnen werden angewiesen dem vorgelegten Satzungsentwurf zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:		
18 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	2 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RF Fischer-Neumann führt aus, dass das Gemeindeprüfungsamt die bisherige Finanzierung der Klaus-Groth-Schule beanstandet hat. Statt eines Baukostenzuschusses, der früher aus dem Vermögenshaushalt gezahlt wurde, ist die Finanzierung nunmehr über eine Verbandsumlage sicherzustellen, die aus dem Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden muss.

Daher muss die Verbandsversammlung über eine neue Satzung beraten. Ihrer Meinung nach schneidet die Stadt Uetersen mit seinem Finanzierungsanteil gegenüber der Stadt Tornesch gut ab. RF Fischer-Neumann bittet die Ratsversammlung, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

TOP 12 Erlass einer 13. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Tornesch (Beitrags- und Gebührensatzung)

Beschluss:

- "1. Die der Vorlage anliegende 13. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Tornesch (Beitrags- und Gebührensatzung) vom 08.12.1999 wird beschlossen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung auszufertigen und öffentlich bekannt zu machen.
2. Die Satzung tritt am 01. Januar 2016 in Kraft."

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RH Quast, Vorsitzender des Finanzausschusses, berichtet über die Beratung dieser Satzung im Fachausschuss. Die erste Kalkulation der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren wurde wegen der Frage der Zuordnung der Kosten für die Entschlammung der Regenwasserrückhaltebecken zurückgezogen und zur Sitzung am 09.12.2015 wurde die aktuelle Fassung vorgelegt. Die Kosten für die Entschlammung sind nunmehr als Aufwand kalkuliert worden. Die Niederschlagswassergebühr muss erhöht werden, die Schmutzwassergebühr kann gesenkt werden. Der Finanzausschuss hatte noch keine Beschlussempfehlung abgegeben, so dass nunmehr die Ratsversammlung heute erstmalig entscheiden muss.

Laut Angabe von RH Fäcke wird die SPD-Fraktion heute zustimmen.

RH Klaus Fruchtenicht fragt nach, ob es richtig ist, dass die BAB bis in das Ohrbrookbecken entwässert und der zu entsorgende Schlamm deshalb Sondermüll ist. Weiterhin möchte er wissen, ob man den Straßenbaulastträger an den Kosten für die Abwasserbeseitigung beteiligen kann. Bgm. Krügel antwortet, dass es richtig ist, dass die BAB in das Ohrbrookbecken entwässert. Bei der Gründung des Abwasserbetriebes seinerzeit wurde rechtlich geprüft, ob man die Bahn oder die Straßenbaulastträger von Bund und Land an den Kosten für die Abwasserbeseitigung beteiligen kann. Die Prüfung ist negativ ausgefallen, da der Gesetzgeber per Gesetz eine Beteiligung an den Kosten ausgeschlossen hat.

TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushalt 2016 des ABT (Abwasserbetrieb der Stadt Tornesch)

Beschluss:

Der vom Abwasserbetrieb für das Wirtschaftsjahr 2016 vorgelegte Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) wird mit folgenden Beträgen festgestellt:

Der Ergebnisplan schließt bei den Erträgen mit 3.837.900,00 € und bei den Aufwendungen mit 3.837.900,00 € ab. Der Finanzplan schließt bei den Einzahlungen mit 4.940.600,00 € und

bei den Auszahlungen mit 4.890.100,00 € ab. Der Gesamtbedarf der Kredite wird auf 1.567.200,00 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 700.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Folgerichtig hat der Finanzausschuss auch keine Beschlussempfehlung für den Haushalt des Abwasserbetriebes abgegeben, so RH Quast und trägt die Zahlen des Ergebnis- und des Finanzplanes vor.

Die SPD-Fraktion kann nach Angaben von RH Fäcke nunmehr dem Haushalt des ABT zustimmen. Die Ergebnisrechnung hat einen positiven Wandel erfahren, der das Eigenkapital stärkt.

TOP 14 Feststellung des doppelten Haushaltsplans der Grundstücksgesellschaft Tornesch GGT für das Haushaltsjahr 2016 (Wirtschaftsplan)

Beschluss:

Der von der Grundstücksgesellschaft Tornesch –GGT - für das Wirtschaftsjahr 2016 vorgelegte Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) wird mit folgenden Beträgen festgestellt:

Der Ergebnisplan schließt bei den Erträgen mit 580.000,00 € und bei den Aufwendungen mit 576.500,00 € ab. Der Finanzplan schließt bei den Einzahlungen mit 2.500.200,00 € und bei den Auszahlungen mit 2.500.200,00 € ab. Der Gesamtbedarf der Kredite wird auf 1.585.400,00 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Auch der Wirtschaftsplan der GGT wurde intensiv im Finanzausschuss beraten, laut Bericht des Vorsitzenden. Die Planungs- und Baukosten für eine neue Kindertagesstätte wurden auf Wunsch des Finanzausschusses aus der Investitionsplanung entfernt, die Beträge wurden aus dem Finanzplan herausgerechnet. In der Form hat der Finanzausschuss der Ratsversammlung die Annahme des Wirtschaftsplanes der GGT empfohlen. RH Quast bittet um Zustimmung.

RH Fäcke ergänzt, dass die Investitionsplanung der GGT (DRK-KiTa, AWO-KiTa Lüttkamp, Unterbringung von Flüchtlingen) einen deutlichen Handlungsbedarf der GGT aufzeigt.

TOP 15 Feststellung des doppelten Haushaltsplans der Grundstücksgesellschaft Sportpark GGS für das Wirtschaftsjahr 2016 (Wirtschaftsplan)

Beschluss:

Der von der GGS für das Wirtschaftsjahr 2016 vorgelegte Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) wird mit folgenden Beträgen festgestellt:

Im Ergebnisplan werden die Erträge mit 163.800 Euro, die Aufwendungen mit 256.800 Euro festgestellt. Es wird ein Jahresverlust von 93.000 Euro erwartet.

Im Finanzplan werden die Einzahlungen mit 142.000 Euro und die Auszahlungen mit 240.800 Euro festgestellt. Der Finanzplan schließt mit einem Defizit von 98.800 Euro ab.

Kreditaufnahmen erfolgen nicht. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000.000 Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:		
18 Ja-Stimmen	2 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

RH Quast erläutert, dass die GGS mit einem geplanten Jahresverlust in Höhe von 93.000 € abschließen wird. Der Finanzausschuss hat mehrheitlich mit einer Gegenstimme dem Wirtschaftsplan so zugestimmt.

Nach Ankündigung durch RH Werner wird die FDP-Fraktion nicht zustimmen, da sie ein Genossenschaftsmodell für das Torneum bevorzugt hatte. Das jetzige Konstrukt lehnt die FDP ab.

TOP 16	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan 2016 der Stadt Tornesch (Ergebnis-, Finanz- und Investitionsplan)
---------------	--

Beschluss:

1. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

„Die SPD Fraktion beantragt im Ergebnisplan die Aufwendungen um € 306.000 zu kürzen und damit den Jahresfehlbetrag von € 1.102.100 auf € 796.100 zu senken.“

Namentliche Abstimmung:	Abstimmungsergebnis:		
	11 Ja-Stimmen	9 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
BV Peter Daniel	Ja		
RH Henry Braun		Nein	
RF Dr. Susanne Dohrn	Ja		
RH Manfred Fäcke	Ja		
RF Verena Fischer-Neumann	Ja		
RH Klaus Früchtenicht	Ja		
RH Bernhard Janz		Nein	
RH Hans-Jürgen Jeschke	Ja		
RH Horst Lichte	Ja		
RH Bernd Michaelsen		Nein	
RH Manfred Mörker	Ja		
RF Heide-Marie Plambeck		Nein	

RH Andreas Quast		Nein	
RH Christopher Radon		Nein	
RH Lasse Ramson	Ja		
RH Artur Rieck	Ja		
RH Peter Schley	Ja		
RF Silke Sörensen		Nein	
RH Henry Stümer		Nein	
RH Gunnar Werner		Nein	

2. Die Ratsversammlung beschließt mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion wie folgt:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	29.189.900 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	29.986.000 EUR
einem Jahresüberschuss von	0 EUR
einem Jahresfehlbetrag von	796.100 EUR

2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	25.968.500 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	26.475.200 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.676.900 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	6.375.400 EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	1.743.700 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	16.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	113,26 Stellen

§ 3

1. Nach § 20 Abs.1 GemHVO-Doppik werden Teilpläne (Produkte) zu Budgets verbunden. Die Budgets sind der Satzung als Anlage beigefügt.

2. Gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO-Doppik sind die Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen eines Budgets mit Ausnahme der Verfügungsmittel, der internen Leistungsverrechnungen, der Abschreibungen und der Zuführung zu den Rückstellungen und Rücklagen gegenseitig deckungsfähig. Von dieser Deckungsfähigkeit innerhalb eines Budgets sind die folgenden Konten ausgenommen, soweit für diese bisher (kameral) Personalausgaben im Sammelnachweis 010 veranschlagt waren:

50 Personalaufwendungen
 501 Dienstaufwendungen und dergleichen
 502 Beiträge zu Versorgungskassen
 503 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung
 504 Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Beschäftigte

Diese Konten werden zu einem eigenen Deckungskreis für Personalkosten zusammengefasst und für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO-Doppik sind Aufwendungen, die zu einem Budget gehören, und die dazugehörigen Auszahlungen, mit Ausnahme der in § 3 Abs.2 Satz 1 genannten Aufwendungen, übertragbar.

Namentliche Abstimmung:	Abstimmungsergebnis:		
	11 Ja-Stimmen	9 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
BV Peter Daniel	Ja		
RH Henry Braun		Nein	
RF Dr. Susanne Dohrn	Ja		
RH Manfred Fäcke	Ja		
RF Verena Fischer-Neumann	Ja		
RH Klaus Früchtenicht	Ja		
RH Bernhard Janz		Nein	
RH Hans-Jürgen Jeschke	Ja		
RH Horst Lichte	Ja		
RH Bernd Michaelsen		Nein	
RH Manfred Mörker	Ja		
RF Heide-Marie Plambeck		Nein	
RH Andreas Quast		Nein	
RH Christopher Radon		Nein	
RH Lasse Ramson	Ja		
RH Artur Rieck	Ja		
RH Peter Schley	Ja		
RF Silke Sörensen		Nein	
RH Henry Stümer		Nein	
RH Gunnar Werner		Nein	

Beratungsverlauf:

RH Quast berichtet, dass der Finanzausschusses mit den Stimmen der CDU-Fraktion der Ratsversammlung die Annahme des Haushaltes empfohlen hat, auch wenn er einen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 1,1 Mio. € ausweist. Die FDP-Fraktion hat dem Entwurf nicht zugestimmt, die SPD-Fraktion hatte sich enthalten, da sie noch in der Fraktion beraten wollte.

Der Finanzausschuss hat festgelegt, dass alle Investitionen, die noch nicht von einem Fachausschuss beraten wurden, mit einem Sperrvermerk versehen werden und vom

Fachausschuss freigegeben werden müssen. Die CDU-Fraktion wird heute ihr Abstimmungsverhalten zum Haushalt 2016 freigeben.

RH Fäcke bittet um Konkretisierung des Sperrvermerkes. RH Quast antwortet, dass Projekte, die bereits in den Haushaltsberatungen im Fachausschuss beraten wurden und Projekte, die schon begonnen haben bzw. laufen, nicht dem Sperrvermerk unterliegen. Der Beschluss über den Haushalt stellt keine generelle Freigabe der gesperrten Mittel dar. Dies muss über die Fachausschüsse erfolgen.

Die SPD-Fraktion legt eine Tischvorlage zu den Haushaltsberatungen vor (siehe Anlage) und RH Fäcke erläutert die wichtigsten Eckdaten und den Änderungsantrag seiner Fraktion anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage). Er erläutert u.a., dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Steuererhöhung der Grundsteuer B von 350 v.H. auf 380 v.H. eine Mehreinnahme von 135.000 € gebracht hätte. Seine Fraktion sieht im Moment keine Veranlassung, Steuern zu erhöhen. Vielmehr sieht der Änderungsantrag Kürzungen von Positionen vor (Bebauungspläne – 31.000 €, Unterhaltung von Gemeindestraßen – 100.000 €, Straßenbeleuchtung, Umrüstung – 75.000 € Unterhaltung Wirtschaftswege - 100.000 €).

RH Quast und RH Radon kritisieren die SPD-Fraktion heftig dafür, erst in der Sitzung der Ratsversammlung einen Änderungsantrag zum Haushalt 2016 vorzulegen. Somit hatten weder die Fachausschüsse, noch der Finanzausschuss und die Fraktion Gelegenheit, über die Änderungen zu beraten. Auch die vorgeschlagenen Kürzungen in der Unterhaltung von Straßen werden kritisiert, da notwendige Instandhaltungsarbeiten nicht durchgeführt werden können, was wiederum den Bürger belastet.

RH Werner begrüßt grundsätzlich das Einbringen von Sparvorschlägen. Da aber niemand außer der SPD darüber beraten konnte, kann er sich eine Beschlussfassung über den Haushalt im Januar oder Februar 2016 vorstellen.

Dem entgegnet RF Fischer-Neumann, dass ihre Fraktion bis zum letzten Augenblick über den Änderungsvorschlag gerungen hat. Ziel war es, dass Defizit unter 1 Mio. € zu bringen. Sie betont, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag nicht zurückziehen wird.

Bgm. Krügel stellt nochmal die beiden Hauptprobleme im Haushaltsentwurf 2016 dar. Zum ersten muss die Stadt Tornesch rund 650.000 € mehr in den kommunalen Finanzausgleich einzahlen, zum anderen wird der Ergebnishaushalt durch die Umfinanzierung der Klaus-Groth-Schule um rd. 450.000 € mehr belastet. Diese Faktoren kann man nicht innerhalb nur eines Jahres ausgleichen.

Es wird noch eine intensive Diskussion um den Änderungsantrag der SPD-Fraktion geführt. RH Radon möchte von der SPD-Fraktion erfahren, ob sie sich vorstellen könnte, dass die Ansätze, die laut Antrag gekürzt werden sollen, alternativ mit einem Sperrvermerk versehen werden könnten. RH Fäcke verneint diese Frage, weil es für die SPD von Bedeutung ist, das Defizit zu senken. Danach beantragt RH Radon eine Sitzungsunterbrechung.

BV Daniel unterbricht von 20.47 bis 21.05 die Sitzung der Ratsversammlung.

Nach der Sitzungsunterbrechung bekräftigt RH Radon die Kritik an der SPD-Fraktion, eine Tischvorlage zu den Haushaltsberatungen so spät einzubringen und ihre absolute Mehrheit auszunutzen. Die CDU-Fraktion hatte geplant, dem Haushalt 2016 zuzustimmen. Dieses geplante Abstimmungsverhalten hat sich nunmehr geändert. Er beantragt eine namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD und für den Haushaltsbeschluss selbst.

Daher lässt BV Daniel zuerst über den Änderungsantrag und dann über den Haushalt namentlich abstimmen.

TOP 17 41. F-Planänderung "Businesspark Tornesch - Erweiterung nördlich Asperhorner Weg"
- Abwägung zur öffentlichen Auslegung, Feststellungsbeschluss

Beschluss:

1. Die während der Auslegung bzw. der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung vom 17.09.2015 geprüft. Die Zusammenstellung vom 17.09.2015 ist Bestandteil dieses Beschlusses. Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Die Begründung mit dem Umweltbericht wird gebilligt.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt des Planes Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, RH Stümer, erläutert der Ratsversammlung, dass bei dieser F-Planänderung eine kleinere Fläche im Businesspark in eine Gewerbefläche umgewandelt wird, die früher der Geflügelhaltung diente. Der Fachausschuss hat die F-Planänderung einstimmig empfohlen. Er bittet den Rat um Zustimmung.

TOP 18 B-Plan 82 "Östlich Merlinweg"
Abwägung zur öffentlichen Auslegung, Satzungsbeschluss

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des B-Planes abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß den Vorschlägen des Planungsbüros vom 12.11.2018 geprüft. Die Zusammenstellung vom 12.11.2018 ist Bestandteil dieses Beschlusses. Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 92 der Landesbauordnung beschließt die Ratsversammlung den B-Plan Nr. 82 für das Gebiet östlich des Merlinwegs zwischen Baumschulenweg und Kleiner Moorweg, wie aus dem anliegenden Plan ersichtlich, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

3. Die Begründung mit dem Umweltbericht wird gebilligt.

4. Der Beschluss des B-Planes durch die Ratsversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:		
20 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Bei diesem B-Plan neben dem Schilfweg wird die Mehrfamilienhausbebauung durch Doppel-Reihen- und Einzelhäuser abgestuft. Der Bau- und Planungsausschuss hat intensiv über die Grundstücksgrößen beraten, so der Vorsitzende RH Stümer. Als Kompromisslösung hat man die öffentlichen Freiflächen den privaten Grundstücksflächen zugeordnet, ohne dass sie veräußert werden. Der BPA hat dem B-Plan so einstimmig der Ratsversammlung als Satzungsbeschluss empfohlen. RH Stümer bittet um Zustimmung.

Nach der Abstimmung beginnt der nichtöffentliche Teil der Sitzung. BV Daniel bedankt sich bei den Zuhörern und bei der Presse und schließt die Öffentlichkeit aus.

Tornesch, den 16.03.2016

Peter Daniel
Vorsitzende(r)

Inga Ries
Protokollführer(in)